

Die Steuern und der Mittelstand.

Vom Staatssekretär Dr. Otto Steinwender.

Die wirtschaftliche Not, die der Krieg hinterlassen hat, lastet heute auf allen Schichten des Volkes, vom großen Industriellen bis zum ärmsten Arbeiter, der zu feiern gezwungen ist. Aber die Aussichten für die Zukunft sind ungleich. Wenn wir uns wieder erholen, werden auch die meisten Großbetriebe gesunden, und die Arbeiterschaft hat eine politische Macht erreicht, die sich auch ökonomisch geltend machen wird. Um so trüber sind die Aussichten für den Mittelstand, für die Gewerbetreibenden und die Angestellten. Und wenn das gesamte wirtschaftliche Leben der Sorge und der Schamung bedarf, so drängt sich doch die Aufgabe der Staatsgewalt, den Mittelstand zu erhalten und neu zu beleben, in den Vordergrund.

Nicht alles, aber viel wird davon abhängen, was der Staat in Form von Steuern der Bevölkerung und insbesondere dem Mittelstand abnimmt. Man gibt es, etwa mit Ausnahme der Einkommensteuer in den höchsten Stufen, der Kontokorrentzinsensteuer und der Schenksteuer, in den von der Regierung eingebrachten Vorlagen keine, die nicht auch den Mittelstand belasten würde. Sogar bei den Getränkesteuern tritt eine Mehrbelastung ein, sowohl bei dem einzelnen, der auf den Wirtschaftszweigen angewiesen ist, wie beim ganzen Gewerbebetriebe, der jede indirekte Steuer in der Höhe der auszumahlenden Abgabe verspürt. Wird ferner die allgemeine Erwerbsteuer gegen das Jahr 1918 um rund sechs Millionen Kronen für Deutschland erwach-

holt, so trifft die Erhöhung jeden Gewerbetreibenden durchschnittlich mit 15 K., wozu noch der Kriegszuschlag und die Umlagen kommen, so daß mit einer durchschnittlichen Mehrbelastung von mindestens 40 K. gerechnet werden kann. Weniger den Kleinen als den größeren Unternehmern, bei dem die Mehrzahlung mehrere Tausende von Kronen ausmacht, trifft eine solche Last bei dem gegenwärtigen Geschäftsgang schwer, und der Trost, daß der Geldwert gesunken sei und daß die heutige Steuer samt Zuschlägen an Geldwert geringer sei als die mindere Zahlung in der Friedenszeit, wird mehr Verständnis als Zustimmung finden.

Was dagegen von vielen Seiten als eine besondere Schädigung des Mittelstandes bezeichnet wird, nämlich die Schädigung durch die in Aussicht genommene Vermögensabgabe, trifft nicht zu. Wenn ein Vermögen von 100.000 Kronen mit fünf Prozent, ein solches von einer Viertelmillion mit zehn Prozent getroffen wird, so mag dies unangenehm sein, aber es ist erträglich. Jedenfalls erträglicher als eine dauernde Überbelastung mit Steuern, die jeden Aufschwung unmöglich machen, einen Abbau der Preise verhindern und die Konkurrenz mit den Nachbarstaaten ausschließen würde.

Jedem wie auch müssen unsere Schuldenverpflichtungen gedeckt werden. Man stelle sich nur vor, wie eine Nichtbezahlung der Staatsschuldzinsen wirken würde. Nicht nur alle die Hunderttausende, welche unmittelbar durch Zeichnung von Kriegsanleihen dem Staate ihre Ersparnisse anvertraut haben, sondern auch alle Einlagen der Spar- und Vorsichtskassen, die Waisen, deren Erbteil in Kriegsanleihe angelegt ist, die Versicherungsanstalten, die Gemeinden und Fonds würden jeden Halt verlieren. Dabei wäre wieder der Mittelstand der am meisten Geschädigte, denn dem Reichtum bliebe noch immer ein erheblicher Teil seines Besitzes, und der Mittellose, der nichts hat als seine Arbeitskraft, würde sich zur Not durchbringen und wenn schon in der Heimat nichts mehr zu erwerben ist, anderswo sich durchschlagen.

Daher ist derjenige, der die finanzielle Gesundung des Staates durch Sparbarkeit durch neue Einnahmen und insbesondere durch eine Vermögensabgabe herzustellen sucht, der beste Vertreter des heimischen Mittelstandes. Möge das deutsche Bürgertum aus seiner nun zu sehr begreiflichen Niedergeschlagenheit sich zu neuer Hoffnung und Arbeit ermannen!